

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

7.2.1891 (No. 37)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. Februar.

N^o 37.

Expedition: Carl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. Februar.

Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand von Este trifft heute zum Besuche der russischen Majestäten in Petersburg ein. Seine Reise ist kein internes Ereigniß des Hoflebens, sondern sie ist von der öffentlichen Meinung in engen Zusammenhang mit der Politik gebracht worden. Nicht, als ob man gelegentlich des Aufenthalts des Erzherzogs in Petersburg irgendwelche politische Erweiterungen und Abmachungen erwartete; aber der persönliche Verkehr des Erzherzogs mit dem russischen Kaiser gilt als ein Anzeichen dafür, daß einem herzlichen Verhältnis der beiden Höfe zu einander die politischen Zustände nicht hinderlich sind. Das Wiener „Fremdenblatt“ beschäftigt sich mit der Reise des Erzherzogs in einem Artikel, der dem Telegraphischen Korrespondenzbureau wichtig genug zur telegraphischen Verbreitung erscheint. Das Blatt nennt die Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand ein erfreuliches Symptom. Von einer politischen Mission dabei zu sprechen sei allerdings unrichtig. Die Friedensliebe des Czaren sei in Wien ebenso bekannt, wie der Czar seinerseits von der Friedlichkeit der österreichischen Absichten überzeugt sein müsse. Das deutsch-österreichische Bündniß, der feste Wille der alliierten Monarchen, den Frieden zu erhalten, und die selbstlose Orientpolitik Oesterreichs seien ebenso wichtige politische Faktoren für den Frieden wie die Friedensliebe des Czaren. Aber die Reise des Kaisers Wilhelm nach Narva, die Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Petersburg und der jüngste Aufenthalt des Großfürsten-Thronfolgers in Wien hätten alle großen symptomatischen Werth.

Eine im Lauf des Nachmittags uns zugegangene Depesche meldet, daß König Humbert die Entlassung des Ministeriums Crispi angenommen und den Marquis di Rudini mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt hat. Es muß also Rudini geslicht sein, die der Kabinettsbildung entgegenstehenden Schwierigkeiten in der Hauptsache zu beseitigen. Ueber die Zusammenfassung des neuen Kabinetts verlautet noch nichts näheres. Eine Verständigung zwischen Rudini und Zanardelli, die in den letzten Tagen versucht worden ist, geht gestern für gescheitert; dafür war die Rede von einer Koalition Rudini's, der bekanntlich Führer der jungen Rechten ist, mit Saracco, dem bekannten einflussreichen Mitgliede des Zentrums. Auch von Nicotera als Mitglied eines Kabinetts Rudini-Saracco ist gesprochen worden; mit welchem Rechte dürfen die nächsten Tage zeigen. Daß ein Kabinet Rudini-Saracco an dem europäischen Friedensbündniße ebenso festhalten würde, wie Crispi, kann keinem Zweifel unterliegen; es liegen in dieser Hinsicht bestimmte Erklärungen der beiden Staatsmänner aus der Zeit der Wahlbewegung vor. Rudini hatte am Dienstag seine Freunde zusammenberufen und sie um ihre Meinung befragt; sie sprachen sich dahin aus, daß die Linke einen großen Antheil an den Geschäften haben und auch die Mitglieder des bisherigen Kabinetts nicht ausgeschlossen werden

soßen. Eine Koalition zwischen dem Führer der jungen Rechten, Rudini, und Mitgliedern der Linken wäre nicht unnatürlicher als die Verbindung zwischen dem bisherigen Conseilpräsidenten und Rudini gewesen ist. Man darf nicht an die junge Rechte der italienischen Deputirtenkammer den Maßstab anlegen, der bei einem anderen Parlamente zulässig wäre. Crispi selbst wies darauf hin, daß die junge Rechte zu seiner Regierungsmehrheit gehörte, bis er dann durch die entscheidende Abstimmung am Samstag belehrt wurde, daß die Pietät für die ehemalige Conforteria in den Reihen der Rechten noch nicht erloschen ist. Rudini selbst hat in einer vor den letzten Deputirtenwahlen gehaltenen Rede betont, daß er mit Crispi in den wesentlichen Punkten der auswärtigen und der inneren Politik, insbesondere in Bezug auf die Tripelallianz und die Politik einer Sparbarkeit übereinstimme. Die Politik der Ersparungen wird unter Rudini vielleicht etwas stärker als bisher betont, das Verhalten der Regierung gegenüber dem Vatikan in der Form etwas günstiger sein; aber in den Grundlinien der Politik dürfte das neue Kabinet von dem Kabinet Crispi kaum sehr beträchtlich abweichen.

Das Ergebnis der Corteswahlen in Spanien läßt sich heute genauer angeben. Eine Mittheilung aus Madrid gibt folgende Zusammenfassung der neuen Kammer an: 289 Konservative, 89 in Spanien und 6 in Cuba gewählte Liberale, 8 liberale Dissidenten, 12 Reformirte, 7 Karlisten, 5 Unabhängige, 25 in Spanien gewählte Republikaner und 2 republikanische Autonomisten von den Antillen. Wie man sieht, kann das konservative Kabinet Canovas del Castillo mit dem Ausfall der Wahlen ganz zufrieden sein. Die Sozialisten haben nicht einen einzigen Kandidaten durchgesetzt, wobei allerdings zu bemerken ist, daß sie sich gleich den Arbeitern an vielen Orten der Wahl enthalten haben. Was die Republikaner betrifft, so sind zwar die Führer aller Schattirungen, Castelar, Salmeron, Pi y Margall, Azcarate, Carvajal und sogar Jorilla, wiedergewählt worden, aber von den acht Mandaten, welche die Hauptstadt Spaniens zu vergeben hatte, erlangten sie keines und auch sonst bleibt die Anzahl der erlangten Mandate beträchtlich hinter den republikanischen Erwartungen zurück. Die Enttäuschung hierüber hat sich in tumultuarischen Kundgebungen der Republikaner in Barcelona geäußert. In Barcelona fanden schon während der Wahlhandlung Ruhestörungen statt; wir berichteten, daß dort eine aufgeregte Volksmenge in die Wahllokale einbrang, die Urnen zertrümmerte und nur durch Waffengewalt zerstreut werden konnte. Die Wahlerfolge der konservativen Partei haben begreiflicher Weise die Stimmung unter den Republikanern nicht verbessert. Es wird aus Barcelona gemeldet: „Die Anhänger Salmerons veranstalteten am Mittwoch Abend vor dem konservativen Klub lärmende Kundgebungen, die sich zu Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit steigerten. Die Gendarmerie mußte einschreiten und in dem Handgemenge wurden mehrere Leute aus der Menge verwundet. Erst gegen Mitternacht konnte die Ruhe als wiederhergestellt gelten. Unter den Republi-

kanern herrscht große Aufregung und man befürchtet weitere Ausschreitungen.“ Vom republikanischen Standpunkt aus muß man allerdings die Thatsache schmerzlich empfinden, daß die Erweiterung des Stimmrechts den Republikanern keine größeren Vortheile bei den Wahlen verschafft hat.

Es ist in der letzten Zeit von französischen Truppenverschiebungen in Algier und Tunis nach dem Süden und Südosten hin die Rede gewesen, wodurch der Verdacht rege gemacht wurde, daß durch eine Okkupation der vom Tschadsee und Timbuktu aus nach der tripolitischen Station Rhadames laufenden Karawanenstraßen, der scharifische Verkehr von Tripolis abgeschnitten und auf französisches Gebiet übergeleitet werden solle. Die „Nat.-Ztg.“ bringt sogar ein Telegramm aus London, französische Soldaten hätten bereits die Grenze von Tripolis überschritten und marschirten vorwärts. Dieser Nachricht gegenüber konstatirt die „N. A. Z.“, daß in Berlin an kompetenter Stelle nichts Aehnliches bekannt sei. Die „Nat.-Ztg.“ selbst erklärt, daß dem bei ihr nach Schluß der Redaktion eingetroffenen Telegramme über das angebliche Vorrücken französischer Soldaten in Tripolis mit einer sehr beträchtlichen Dosis von Skepsis zu begegnen sei. Die Grenzen zwischen Tunisien und Tripolis sind nicht so fest geordnet, wie etwa an der deutsch-französischen Grenze; einige Landstriche werden dort stets streitig sein. Alle Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Okkupation von Tripolis durch Frankreich würden sich voraussichtlich als grundlos erweisen.

Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 bestimmt bekanntlich, daß die Berufsgenossenschaften zur gerechten Verteilung der Genossenschaftsklassen-Gefahrenrisse festsetzen und den gemachten Erfahrungen entsprechend von Zeit zu Zeit revidiren. Die Zahl der erstmalig vom Reichsversicherungsamte genehmigten Gefahrenrisse betrug 60. In wie hohem Maße sich die Berufsgenossenschaften haben angelegen sein lassen, allseitig befriedigende Einschätzungsgrundlagen aufzufinden, geht daraus hervor, daß in der Zwischenzeit in 79 Fällen Revisionen der Gefahrenrisse und im Verfolg derselben zahlreiche Abänderungen, für welche meist nur auf kürzere Zeit die Genehmigung erteilt wurde, stattgefunden haben. Nachdem nunmehr die Gefahrenrisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften in den unfallstatistischen Erfahrungen von 5 Jahren eine festere Grundlage gefunden haben, haben sie damit auch eine mehr auf die Dauer berechnete Gestalt anzunehmen begonnen.

Der Reichskanzler über Ostafrika.

Die gestrige Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Caprivi ist zu umfangreich, um hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden; wir müssen uns deshalb darauf beschränken, sie nach Berliner Blättern in ihren Hauptzügen zu skizziren.

Der Reichskanzler erörterte die Frage, wie man vor einem Jahre Ostafrika fand; im Kriegszustand, Handel und Wandel niederliegend. Auf Sanibar tritt sich deutscher und englischer Einfluß darun, wer heute oder morgen das Ohr des Sultans besigen werde. Das war ein Zustand, so schlimm wie er nur sein konnte. Schon unter meinem Amtsvorgänger, so sagte der

selbe Gefühl überkommt mich, wenn man mir eine neue Verlobung kund thut. So konnte ich denn nicht umhin, bei Mr. Tuckers Anblick meinen Schutzpatron dafür zu preisen, daß ich nicht der Tanzbär — Verzeihung! ich wollte sagen, daß ich nicht der Bräutigam bin! Diese Empfindung ist ganz und gar subjektiv, und ich gestatte Mr. Tuckers, mich dafür einen alten Narren zu heißen!

„Wenn Sie mir das gestatten, so erkläre ich mich als verlobt,“ erwiderte Clelius Tuckers mit schallhaftem Augenzwinkern. „Meine Empfindlichkeit entsprang auch nur der Annahme, Sie begäben eine persönliche Abneigung gegen meine Braut.“

„Im Gegentheil. Ich halte Miß Emily für eine sehr lebenswürdige junge Dame. Etwas gibt es sogar, lieber Tuckers, um das ich Sie geradezu beneiden könnte: Ihre Schwiegermutter! Das heißt, Sie müssen mich auch hierin recht verstehen,“ sagte Mr. Bird über Tuckers erkaunte Miene lächelnd hinzu; „die kulinarischen Talente der würdigen Dame sind es, welche ich bewundere! Ich habe noch niemals und nirgends so vortrefflich gespeist, als im „Weißen Falken“, und wenn etwas mich zum Schwärmen begeistern könnte, so wären es die Puddings und Saucen der Mrs. Watt.“

„Trefflich, Mr. Bird! Meine Schwiegermutter wird sich durch Ihre Anerkennung außerordentlich geehrt fühlen, und Sie könnten derselben doppelten Nachdruck verleihen, wenn Sie es nicht verschmähten, unser Gast zu sein. Emily's und meine Freunde vereinigen sich nämlich zu einer anspruchlosen kleinen Feier im „Weißen Falken.“

Der „Schmetterlingsprofessor“ rieb sich bedenkenlich sein unraffirtes Kinn mit der flachen Hand. „Dann müßte ich noch zum Barbier gehen und müßte mir auch eine neue Kravatte kaufen. Nun, es soll so sein, Tuckers! Sie sind sehr freundlich; ich danke Ihnen! Es wird mir sehr angenehm sein, Sie heute Abend im „Weißen Falken“ wieder begrüßen zu können, Gentlemen.“ Damit empfahl sich Mr. Bird und fuhr wie eine vom Sturm erfaßte Wetterfahne um die nächste Ecke herum. (Fortsetzung folgt.)

Jessamine.

Rachdruck verboten.

Von Helene v. Gorgeborff-Gradowski. (Fortsetzung.)

„Ich darf das Bekanntwerden meiner Autorschaft nicht wünschen, Miß Aram. Die Dichtkunst und die Musik haben mit meinem Metier nichts gemein: sie liegen weit ab von dem Weg, welchen ich gehen muß. Wozu soll die Welt wissen, daß es eine Zeit gab, wo ich Märchen und Lieder träumte. Das könnte den Ernst meines Strebens, meine Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet in Zweifel stellen und schließlich mein Buch diskreditiren, bevor es noch das Licht der Welt erblickt. Außerdem möchte ich um keinen Preis die Rolle eines „Dichters“ in der Gesellschaft spielen! Ich habe nicht das Zeug dazu. Ich würde es niemals lernen, verbindlich zu lächeln, wenn man sich dazu herbeiließe, mir Süßigkeiten zu sagen. Was das Lied an sich betrifft, so schrieb ich es in längst vergangenen Tagen aus einer Inanbalt, aber echten Begeisterung heraus nur für Weston und mich nieder, und es würde mir eher wehe als wohlthun, ihm in den Salons der vornehmen Welt zu begegnen!“

„Sie sind ein Poet, Mr. Darvay, ob Sie nun wollen oder nicht! Nicht allein das Lied: Ihre Auffassung, Ihre Empfindungsweise legen heute Zeugniß davon ab, wie es damals schon das Skizzenbuch mit den eingestrichelten Erinnerungsbildern gethan! Blicken Sie nicht so düster! Ein poetisches Gemüth ist ein Gottesgeseg, daher vermag ich nicht daran zu glauben, daß es etwas anderes als Heil in sich tragen kann.“

Mrs. Random, welche bisher hinter einer großen Zeitung verschauelt am anderen Ende des Zimmers gesessen, erhob sich jetzt und trat den Redenden näher. „Wie ist es? Wollen Sie auch Miß Aram das Singen Ihres Liedes untersagen, Mr. Darvay?“ fragte sie. Ich würde das bebauern, denn es ist Jessamine's tägliche Freude.“

„Sie können mich nicht im Ernst so mißverstanden haben, Mrs. Random! Mein Lied ist hier daheim, wie ich es bin durch die Güte und das Verständnis, mit welchem Miß Aram

mir entgegengekommen. Wäre mir sonst eine so offene Ansprache gestattet gewesen?“

„Sie haben Recht!“ sagte die Witwe bitter. „So wollen wir denn unserm Dichter in der Stille den verdienten Vorbeerkranz spenden und den Dingen im übrigen ihren Lauf lassen.“

VII.

Mr. Tuckers philosophirte sich in den „Weißen Falken“ hinüber.

„Sie sehen so echauffirt aus, mein lieber Mr. Tuckers,“ redete Roland einige Tage darnach den Geschäftsführer der Miß Shepard an, als sie einander auf der Straße begegneten. „Gibt es heute eine besonders harte Arbeit?“

„Ja! Nein! Das heißt: ich habe mich soeben verlobt!“ erwiderte der brave Clelius flötend, während die Röthe seines Gesichts noch um einige Schattirungen dunkler wurde. „Soeben verlobt, Mr. Darvay, und das scheint mir eine Sache von ziemlicher Wichtigkeit.“

„Das will ich meinen! Nehmen Sie meinen aufrichtigen Glückwunsch dazu!“

„Und auch den meinigen, wenn Sie so gefällig sein wollen!“ schnarrte der „Schmetterlingsprofessor“, welcher zur selben Zeit, mit einigen biden Büchern unter dem Arm, des Weges kam. „Ich muß Ihnen aber gleichzeitig, um offen zu sein, gestehen, daß ich nicht in Ihrer Haut stecken möchte.“

„Das beruht ganz auf Gegenseitigkeit, Mr. Bird,“ erwiderte Mr. Clelius, den der Aergers nun beinahe firschnau kolorirte, „es würde mich aber interessieren, eine nähere Erklärung Ihrer lebenswürdigen Worte zu vernehmen.“

„Heiliger Patrik! Der junge Mann hat doch meine Worte nicht etwa als eine persönliche Beleidigung genommen? Sehen Sie, Mr. Darvay, ich bin ein alter Junggeselle und Eheverächter, von dem niemand verlangen kann, daß er mit Amor auf dem Duzung steht! Wenn ich einen dreifachen Vären sehe, so überläuft mich ein Schauer des Mitleids und Unbehagens; das-

Reichskanzler, waren Verhandlungen eingeleitet worden, die zum Zweck hatten, mit England zu einem erträglichen modus vivendi zu gelangen. Diese Verhandlungen hatten aber noch nicht begonnen. Am 2. Mai v. J. gab Seine Majestät für die Verhandlung der ostafrikanischen Angelegenheit nach einem unmittelbaren Vortrag die Entscheidung: „Das 1. die für koloniale Zwecke verfügbare zu machenden Mittel in erster Linie auf Ostafrika zu verwenden wären; 2. daß in den jetzt beginnenden Verhandlungen mit England auf die Anerkennung der deutschen Ansprüche auf die fruchtbarsten Interessensphäre, d. h. die nördliche und südliche, hingewirkt werde und daß im Nothfalle die Preisgabe von Witu vorbehaltlich der Befriedigung etwa berechtigter Ansprüche der dort interessierten Deutschen als Kompensation zulässig sei; 3. daß der Uebergang der Hoheitsrechte in den innerhalb der deutschen Zone liegenden Küstenstrichen auf das Deutsche Reich angestrebt werde; 4. daß die Umwandlung der Truppe des Reichskommissars in eine kaiserlich deutsche Truppe zu bewirken sei; 5. daß die Schaffung einer über dem Reichskommissar und den dort bestehenden deutschen Behörden und Korporationen stehende Centralstelle mit dem Sitz auf dem Festlande in's Auge zu fassen sei, und 6. daß überhaupt die Verwaltung des Küstenstrichs und Schutzgebietes in die unmittelbare Reichsverwaltung zu übertragen sei.“

Nach diesen allerhöchsten Direktiven ist die deutsche Regierung verfahren, sie ist nicht einen Schritt davon abgegangen, und noch heute steht die Kolonialregierung auf dem Boden derselben. Es war notwendig, daß solche Direktiven gegeben wurden, daß man sich klar wurde, was den eigentlich geschehen sollte, denn der Zustand, in dem wir lebten, war eben unerträglich. Wir mußten uns ihm heraus, und das war eine der wesentlichsten Schwierigkeiten, die uns beim Abschluß eines Vertrags mit England entgegentraten.

Ueber Witu wird in dem Geschäftsbericht der damaligen Witu-Gesellschaft gesagt, der Plantagenbau sei unrentabel, der Werth der Ernten reiche kaum zur Ernährung der Arbeiter, ein Gewinn sei nicht zu erzielen. So der Geschäftsbericht der Gesellschaft, die doch ein Interesse daran hatte, die guten Seiten Witu's zu betonen. Ich will die Vorhaltung berühren, die uns wiederholt gemacht worden ist, daß Fürst Bismarck die Abtretung eines Theils unseres Gebietes schwerlich gemacht haben würde. Ich würde ein pflichtvergessener Mensch sein, wenn ich nicht die Vorgänge mir angesehen hätte, die mir von meinem Amtsvorgänger überkommen sind, selbst wenn er nicht der bedeutende Mann wäre, der er thatsächlich ist. Da habe ich denn über Witu aus dem Oktober 1889, als sich Fürst Bismarck auf seinem Landtage befand, gefunden, daß damals die Frage der Annektion des Striches Witu-Risomaia angeregt wurde. Es wurde damals dem Auswärtigen Amt geschrieben, der Fürst ließe bitten, zu prüfen, ob nicht etwa die Engländer dort Fuß gefaßt hätten. „Die Enthaltung Lord Salisbury's habe mehr Werth als ganz Witu.“ (Hört! hört!) Wir haben also keine anderen Bahnen mit unserer Kolonialpolitik eingeschlagen, als die schon vorher bezeichneten.

Nachdem wir nun dies unter vieler Mühe erreicht hatten, kam die vielleicht noch größere Mühe, das nötige Geld für diese Operationen aufzutreiben. Dabei mußten wir Verhandlungen mit der Ostafrikanischen Gesellschaft anknüpfen, und während wir hier verhandelten, um Geld zu erhalten, versuchten wir auf der anderen Seite eine Mark um die andere in England herunterzubringen. Dazu kam das Geld für die Meliorationen. Es waren viele Plantagen zerstört. Diese galt es wieder in Stand zu setzen. Außerdem mußte für Telegraphen und andere Einrichtungen gesorgt werden, kurz, es sind eine Anzahl von Meliorationen in Angriff zu nehmen. Wir mußten also zahlungsfähige Leute gewinnen, die mitwirken wollten. Darauf kam der Vertrag mit der Gesellschaft zu Stande und am 29. Dezember v. J. konnten wir 4 Millionen zahlen und weitere 6 Millionen waren bereit für Meliorationen.

Die Unabhängigkeit vom Sultanat Sansibar ist ein wesentlicher Erfolg, den wir erreicht haben und der durch das englische Protektorat nicht zu teuer erkauft ist. Wir haben Sansibar nicht aufgegeben, wie sich ein Redner gestern ausdrückte, da wir es nicht befehlen haben. Wir haben uns nur von Sansibar zurückgezogen und mit dem nunmehr unbefristeten Besitz des Küstenstrichs ein gutes Geschäft gemacht. Denn ohne diesen Küstenstrich vermochten wir in Ostafrika gar nicht vom Fleck zu kommen. Durch den Vertrag erhielten wir weiter ein fest abgegrenztes Gebiet in Ostafrika und wurden in die Möglichkeit versetzt, mit der Organisation vorzugehen. Endlich haben wir durch das Vordringen in das nördliche Gebiet Ostafrika's, das anerkanntermaßen weit werthvoller ist, als das von uns aufgegebenen südliche, die Möglichkeit erhalten, die deutschen Interessen zu fördern. Wir werden jetzt von der Küste aus, wo wir unsere Bezugsquellen haben, mit unserer Organisation nach dem Inlande vordringen, und zwar in dem Maße, als wir nicht auf zu große Schwierigkeiten stoßen.

Die Verwaltung wird eine unmittelbare Reichsverwaltung sein, wir machen Ostafrika zu einer Art Kronland. Wir thun dies nicht freiwillig, sondern der Noth gehorchend, weil sonst aus Afrika nichts werden kann. Auch hat die Regierung für ihr Vorgehen den Grund, daß das Land noch gar nicht pacifiziert ist und daß noch längere Zeit vergehen wird, ehe das Ziel ganz erreicht sein wird und die Ausrückung von Expeditionen unterbleiben kann. Aus diesem Grunde muß auch die in Ostafrika befindliche Truppe nicht nur aufrecht erhalten werden, die Bismarck'sche Truppe muß zu einer Schutztruppe umgestaltet werden. Bei der Organisation der Schutztruppe wird der Grundsatz festgehalten werden müssen, daß man den weißen Offizieren und Unteroffizieren das Gefühl erhält, Deutsche zu sein. Die Franzosen haben in dieser Beziehung üble Erfahrungen gemacht bei den Venten, die dauernd draußen bleiben. Wir werden deshalb einen gewissen Turnus einführen, nach dem die Truppe von hier aus ergänzt wird.

Wenn Sie nun fragen, wie wir uns die künftige Verwaltung Ostafrika's denken, so kann ich Ihnen darüber keine Antwort geben. Die Verhältnisse lassen sich von hier nicht übersehen, aber das ist sicher, daß die Verhältnisse im Norden andere sind, als im Süden, im Innern ganz andere, als an der Küste. Es wird nichts übrig bleiben, als einen einzigen Mann mit möglichst ausgedehnten Vollmachten und der vollen Verantwortung an Ort und Stelle einzusetzen. Es ist der Wunsch geäußert worden, wir möchten darnach trachten, das Reich zu entlasten. Das thun wir schon an und für sich. Wenn die ostafrikanische Kolonie so gedeiht, wie ich hoffe und erwarte, so werden die für sie nötigen Ausgaben durch die Einnahmen aus der Kolonie gedeckt werden können. Wir haben Dar-es-Salam zur Hauptstadt der Kolonie gemacht, weil dort der beste Hafen ist. Gerade deshalb erschien es uns gut, den Sitz der Regierung nach dort zu legen. Wie weit Plantagen und Bergbau möglich ist, wird davon abhängen, wie es gelingt, die Bevölkerung an Arbeit zu gewöhnen. So sehr ich auch für die Aufhebung der Sklaverei stimme, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß für den

Plantagenbau die Aufhebung der Sklaverei schädlich war. Wir werden jetzt eben versuchen müssen, die Einwohner an die Arbeit zu gewöhnen, und darum ihre Interessen auf's äußerste schonen müssen. Die Hauptsache ist die Pensionenfrage. Ueber die warme Anerkennung, welche hier dem Freiherrn v. Soden ausgesprochen worden ist, habe ich mich gefreut. Es ist notwendig, daß in Ostafrika ein Mann über alle andern gestellt wird. Wir wußten keinen besseren Mann zu diesem Posten zu empfehlen, als Freiherrn v. Soden. Er behielt sich die Entscheidung vor, bis er Ostafrika kennen gelernt. Nicht als Optimist kam er von dort zurück, doch aber mit dem Glauben, daß aus der Sache etwas zu machen sei. Was die Männer betrifft, die bisher in Ostafrika thätig waren, Major v. Bismann, Emin Pascha, Dr. Peters, so werden wir uns freuen, wenn sie ihre Erfahrungen auch weiter für die Kolonisation von Ostafrika verwenden wollen. Es ist dort soviel Raum vorhanden, daß ihre Plazierung keine Schwierigkeit macht. Nur eine Bedingung müssen wir stellen, daß sie in letzter Instanz von dem Gouverneur abhängen. Immerhin kann dieser ihnen von seinen umfassenden Vollmachten so viel abgeben, wie er es für nöthig hält.

Ich glaube, daß Ihnen jetzt von Ostafrika gezeigte Bild ist ein besseres als im vorigen Jahr, und ich hoffe, im nächsten Jahre wird es wieder etwas besser sein. Ich habe den festen Glauben an die deutsche Nation, daß sie in jünger Arbeit hinter keiner anderen zurückbleibt und das, was sie angefangen, auch durchführen wird. (Lebhafte Beifall.)

Deutschland.

Berlin, 5. Febr. Am heutigen Morgen unternahm Seine Majestät der Kaiser eine Ausfahrt, gelegentlich welcher Allerhöchstdieselbe das Atelier des Bildhauers Prof. Otto besuchte, um daselbst das Modell des für Kaiser Wilhelm I. in Ems zu errichtenden Denkmals in Augenschein zu nehmen. Auf dem Staatswege zur Stadt konferrirte Allerhöchstdieselbe mit dem Staatssekretär Freiherrn v. Marschall im Auswärtigen Amt. Nach dem Schloß zurückgekehrt, arbeitete Seine Majestät mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Seine königliche Hoheit der Erbgroßherzog von Baden hat für die Dauer seines Aufenthaltes hier selbst in der badischen Gesandtschaft in der Behrenstraße Wohnung genommen.“

Der Reichstanzler v. Caprivi hat Einladungen zu einem parlamentarischen Essen erlassen, das am 13. Februar stattfindet. Es sind zahlreiche Abgeordnete aus allen Fraktionen eingeladen.

Die in der gestrigen Reichstagsitzung mehrfach erwähnten Verhandlungen eines englisch-deutschen Konventions mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika einerseits und der Reichsregierung andererseits haben, wie die „Völn. Ztg.“ hört, zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Das genannte Blatt schließt an diese Mittheilung den Ausdruck der Zuversicht, daß die Kolonie einer erfreulichen Entwicklung entgegengehen wird. (Ein Telegramm aus Hamburg meldet in der gleichen Angelegenheit: „Der „Hamb. Börsen-Halle“ zufolge genehmigte der Reichstanzler den Verkauf eines Theiles der der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika gehörenden Ländereien an eine nach Gesetz vom 15. März 1888 mit dem Sitz in Hamburg zu begründende neue Kolonialgesellschaft. Das Kapital der letzteren beträgt 20 Millionen Mark.“)

Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlässe der Handfeuerwaffen besteht aus den Abgg. Graf zu Dohna-Schlobitten, Graf Douglas, v. Grand-Ry, Klemm (Sachsen), Vorsitzender, Kraemer, Schriftführer, Graf Kwiecki, Lucius, Waager, Münd, Graf v. Preysing (Straubing), Kartowski, Szynula, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Vollamr, Schriftführer, Wilsch.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 1. Februar betreffend das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen. Darnach ist auf Grund des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln das gewerbsmäßige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Maschinen, welche zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen bestimmt sind, verboten. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die beim Reichsamt des Innern schwebenden, aber noch nicht abgeschlossenen Erwägungen über die Ausdehnung der Unfallversicherung umfassen, wie die „V. B. N.“ hören, nicht nur die Betriebe der Fischer, sondern auch die der Seeschiffahrt mit kleinen Fahrzeugen, die nach dem jetzigen Wortlaut des Seemannsversicherungsgesetzes der Seevererungsgenossenschaft nicht angehören können. Auch soll die Unfallversicherung auf die gewerblichen Beschäftigten von Strafgefangenen und anderen unfreien Arbeitern ausgedehnt werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute die ersten vier Paragraphen des Conrad'schen Wilschabenantrags nach der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung. Rehe und Japanen wurden mit 160 gegen 138 Stimmen unter die Wildarten, für welche Schadenersatz zu leisten ist, aufgenommen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrath erklärte es mit 24 gegen 23 Stimmen für unthunlich, zu dem Entwurf über die Heimstätten Stellung zu nehmen, weil es zweifelhaft sei, ob die Reichsgesetzgebung völlig zuständig sei und eine vorgängige Klärung der bestehenden Rechtsverhältnisse, sowie die Ermittlung der Bedürfnisfrage für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Theile desselben angezeigt scheine.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Febr. Der neue österreichische Finanzminister Dr. Steinbach hat heute den Eid geleistet und wird morgen die Geschäfte übernehmen. In der Wiener Presse nimmt die Erörterung über die politische Bedeutung des Beschlusses im Finanzministerium ihren Fortgang. Von allgemeinerem Interesse dürften bei der Stellung,

die das Blatt in dem publizistischen Leben Wiens einnimmt, die Aeußerungen des „Fremdenblattes“ sein. Das Blatt hebt die unläugbaren hervorragenden Verdienste des Herrn v. Dunajewski in der österreichischen Finanzpolitik hervor und sagt darauf: „Es ist auch nicht die Finanzpolitik des Herrn v. Dunajewski gescheitert. Es ist die Politik allein, die seiner Thätigkeit im Kabinet Taaffe ein Ziel setzen mußte. Nicht der Fachmann muß das Feld räumen, sondern jener politische Führer, der mit dem Schicksale der Rechten sich solidarisch erklärt hat und deshalb ihre Bechselfälle theilen muß. Das elementare Hervordringen des Junggeizthums, die sichere Aussicht, daß ein Theil der Rechten von den Wogen des Radikalismus überflutet wird, machte es zur Nothwendigkeit, eine andere Parteikonstellation zu suchen, die ohne die Mitwirkung der Deutschen keine verlässlichen Garantien des Bestandes aufweisen kann. Die Deutschen haben, was ihre nationalen Ansprüche in Böhmen betrifft, ihre Wünsche in den Wiener Punktationen niedergelegt, deren Mäßigung nicht bestritten, noch in Frage gestellt werden kann. Die Deutschen haben sich damit gerade in der nationalen Frage auf einen positiven Boden gestellt. Sie haben damit zugleich Beweise der Selbstbeschränkung im Interesse der Gesamtheit geboten, die gewürdigt werden mußten. Sie haben sich auf den Boden der Reichsinteressen gestellt. In seiner Budgetrede vom 3. März 1885 sprach Dr. v. Dunajewski, gegen die Linke gewendet, die Worte: „Wir haben bewiesen, was Sie bezweifeln haben, daß man zwar nicht gegen Sie — ferne war jeder Gedanke — aber daß man ohne Sie regieren kann.“ Der Staatsmann, der dies Wort gesprochen, konnte nicht die Politik auch zu einer Zeit beherrschen, welche diesen Satz eingeführt, welche dessen Gehaltigkeit zur Erkenntnis gebracht hat, nämlich, daß das Interesse des Reiches eine gegenseitige Annäherung der Regierung und der Deutschen zur Nothwendigkeit erhoben hat. Doch in so heftigem Gegenfuge man auch zu dem Politiker v. Dunajewski stehen möge, so wird ihm die Anerkennung nicht verjagt werden, daß er sofort bei den ersten Symptomen, welche den Zusammenbruch der Mehrheit be deuteten, sein Portefeuille den neuen Bedürfnissen opferte. Seine Person sollte kein Hinderniß der Annäherung der Regierung an die Deutschen bilden, und ebensowenig einer Annäherung der Deutschen an das Kabinet. Er war bemüht, die Klärung der Lage zu schaffen, und zwar noch vor den Wahlen, um die Deutschen von jedem Mißtrauen zu befreien und ihnen auch die Möglichkeit zu bieten, in die Wahlen ohne jedes Mißverständnis einzutreten. So ist denn der Rücktritt des Herrn v. Dunajewski der deutlichste Kommentar zur Auflösung des Reichsraths, ein Kommentar, der nicht allein vielfach ist, sondern für sich allein schon eine bedeutungsvolle That, eine Umgestaltung des Kabinetts bedeutet, eine Umgestaltung in dem Sinne der Auflösung von der bisherigen Majorität, in welcher für die Deutschliberalen kein Raum und keine Möglichkeit der Wirksamkeit gewesen ist. Die Deutschen haben in den letzten Jahren so vollständige Beweise ihrer Bereitwilligkeit geboten, für die Reichs- und Staatsinteressen auch in der Minorität einzustehen, daß wichtige Reformen und Gesetze nur unter ihrer Mitwirkung zur Ausführung gelangen konnten. Es wurde auch in den letzten Jahren nicht mehr ohne sie regiert, und selbst jenes Gesetz über Groß-Wien, dessen Voraussetzungen vom Finanzminister Dr. v. Dunajewski selbst geschaffen wurden, konnte nur durch die Deutschliberalen zum Siege vordringen. Es ist demnach fraglich, ob nicht selbst ohne Unterwirkung der Majorität das steigende Reichsbedürfnis, die patriotische Sorge den Staatswagen mehr in das Geleise der Deutschen gebracht, und auch deren aktivere Mitwirkung erfordert hätte. Es ist aber zweifellos, daß, wenn neue Bestandtheile einer Majorität gesucht werden, das Auge des Vaterlandes und seiner Freunde sich unwillkürlich nach dem Lager der Deutschen wenden muß. Diese Nothwendigkeit konnte auch einem Staatsmanne von der geistigen Veranlagung des Herrn v. Dunajewski nicht entgehen. Sie ist es, welche ihm den Wunsch nahelegte, sein alterndes Haupt aus dem Gewühle des Kampfes zu bringen und den Forderungen des Tages ihren freien Lauf zu lassen.“

Frankreich.

Paris, 5. Febr. Der Ministerrath hat heute die Feststellung des nächstjährigen Budgets beendet. Dasselbe wird spätestens um die Mitte dieses Monats in der Kammer eingebracht werden. So viel man schon jetzt über das Budget hört, sind in demselben die Einnahmen um 32 Millionen, die Ausgaben um 40 Millionen höher als in dem Budget für 1891 veranschlagt. Die Ermäßigung der Einnahmen rührt daher, daß der Zuschlag für die Eilzugbeförderung aufgehoben wird, die Vermehrung der Ausgaben hängt hauptsächlich mit der Einführung der dreijährigen Dienstzeit zusammen. Es heißt, daß die Erhöhung der Ausgaben aus den Ueberschüssen der Zolleinnahmen gedeckt werden kann.

Portugal.

Lissabon, 5. Febr. Nachrichten aus Oporto besagen, daß die Kriegsgerichte an Bord der Kriegsschiffe auf der dortigen Rade ihre Thätigkeit am nächsten Montag beginnen werden. Den Kriegsgerichten ist bekanntlich die Befugniß erteilt worden, auch Civilpersonen abzuurtheilen, die sich an der Revolte betheilig haben. Da jedoch für das bürgerliche Recht die Todesstrafe abgeschafft ist, so erwartet man, daß der König diejenigen Civilpersonen begnadigen werde, die das Kriegsgericht etwa zum Tode verurtheilt werde. Der „Indep. belge“ wird berichtet, innerhalb der Regierung seien ernste Zwistigkeiten ausgebrochen. Die Liberalen und Progressisten möchten es den Konservativen überlassen, die

durch den Zustand geschaffene Situation zu liquidieren, aber der König möchte es nicht den Konservativen allein überlassen. Die Verwirrung sei überall groß, bei den Konservativen wie bei den Republikanern. Es ist indessen bei dieser Meldung der „Judey. belge“ zu beachten, daß das genannte Blatt schon früher eine pessimistische Auffassung der Lage in Portugal zur Schau zu tragen liebte.

Großbritannien.

London, 5. Febr. Der von Gladstone im Unterhause eingebrachte Gesetzentwurf, welcher die Ernennung eines Katholiken zum Lordkanzler von Großbritannien, sowie zum Vizekönig von Irland für statthaft erklären wollte, ist, wie gestern mitgeteilt, mit 256 gegen 223 Stimmen verworfen worden. Bei der gestrigen Abstimmung schlossen sich nur neun liberale Unionisten, darunter Chamberlain und James, sowie vier Konservative der Vorlage Gladstone's an. Lord Hartington und der Minister des Innern Matthews (Katholik), enthielten sich der Abstimmung. Das Ergebnis einer Mehrheit von 33 Stimmen gilt als sehr günstig für die Regierung; sie hatte höchstens 20 erwartet. Eine Kabinettsfrage lag übrigens nicht vor, es war Freiheit der Abstimmung gegeben und die Regierung hätte im Falle einer Niederlage nicht abgedankt. Durch die Verwerfung des Gladstone'schen Antrags ist indessen der Versuch des oppositionellen Parteiführers, ein Hindernis für die Verwirklichung seiner Pläne in Bezug auf Irland aus der Welt zu schaffen, vereitelt.

Bulgarien.

Sofia, 5. Febr. Prinz Ferdinand empfing zum ersten Male den türkischen Vertreter Reschid Bey in Privataudiens. Dem Letzteren war schon vor einiger Zeit die Instruktion zugegangen, sich dem Prinzen und der bulgarischen Regierung gegenüber nach der Mehrheit der diplomatischen Vertreter zu richten.

Verhandlungen

des Deutschen Landwirtschaftsraths.

Den ersten und zweiten Verhandlungstag am Montag und Dienstag füllten die Erörterungen über die Zollfrage und den Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn aus. Die Stellung der Reichsregierung zu diesen Fragen verlaublich eingetragene durch einige Sätze in der Begrüßungsansprache des Landwirtschaftsministers von Heyden. „Sie können versichert sein“, sagte derselbe, „daß im Kreise der Regierung die Interessen der Landwirtschaft auf das Sorgfältigste und Eingehendste erwogen werden, und daß der Gedanke fern liegt, derselben den nötigen Schutz zu entziehen. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß Gründe, die nicht zu entnehmen sind aus den inneren politischen Verhältnissen unseres Vaterlandes, von Einfluß sein können auf die Entscheidungen der Regierung.“

Wenn bisher Ihren Beschlüssen stets die vollste Beachtung zu Theil geworden ist, so können Sie versichert sein, daß dies in um so höherem Maße der Fall sein wird, je mehr Sie es, wie bisher, verstehen werden, nicht bloß einseitig landwirtschaftliche Desiderien zum Ausdruck zu bringen, sondern Ihre beachtenswerthen Vorschläge unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen unseres Vaterlandes und unter Berücksichtigung der Ansprüche und Bedürfnisse der einzelnen Bevölkerungsklassen zu machen.“

Die Ausführungen der einzelnen Redner ließen erkennen, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen dem bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn entgegensteht und von jeder, auch nur mäßigen Herabsetzung der Zölle auf Getreide, Vieh, Wein, Holz eine starke Beeinträchtigung der inländischen Produktionsinteressen befürchtet. Diese Befürchtungen, denen auch Klein-Vertheilern Worte verliehen, kamen in den nachfolgenden, zur Annahme gelangten Anträgen der Referenten zum Ausdruck:

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrath wolle erklären:
I. Der Abschluß von neuen Handelsverträgen kann für die deutsche Landwirtschaft nur dann ein gedeihlicher sein, wenn — unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes eines Schutzes der nationalen Arbeit — hierbei an der Gegenseitigkeit der Interessen der gesamten Produktion festgehalten und jede Bevorzugung der Industrie vor dem landwirtschaftlichen Gewerbe sorgfältig vermieden wird.

2. Die Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Produkte geben zu Abminderung der seit dem Jahre 1887 bestehenden Einfuhrzölle keine Veranlassung. Eine solche würde vielmehr der Landwirtschaft Opfer auferlegen, welches dieselbe ohne Schädigung zu tragen nicht in der Lage ist.“

3. Im Falle der Abminderung der jetzt für Produkte des Ackerbaues, der Viehzucht, der Forstwirtschaft und des Weinbaues bestehenden Schutzzölle erscheinen unausbleiblich:

- a. ein erheblicher Niedergang der Aufnahmefähigkeit des flachen Landes für die Erzeugnisse der heimischen Industrie, — wie hieranschließend Handelskrisen und folgenschwere Arbeitslosigkeiten;
- b. eine bedauernde Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des ländlichen Arbeitgebers gegenüber den großen, aber auch kostspieligen Aufgaben der bestehenden, wie der noch weiter zu gewärtigenden sozialpolitischen Gesetzgebung;
- c. eine dauernde und sich noch verstärkende Schwierigkeit für den ländlichen Arbeitgeber, mit den Lohnsätzen der Industrie wetteifern zu können, — wodurch die schon bestehende Entvölkerung des flachen Landes weitere Fortschritte machen muß, zum sichern Nachtheil der Wehrfähigkeit wie auch des inneren Friedens Deutschlands;
- d. eine unvermeidliche Schwächung der Widerstandsfähigkeit der staatsbehaltenden Kräfte gegenüber der für das flache Land seitens der Sozialdemokratie angekündigten verstärkten Agitation.

Diese Erwägungen sind um so schwerwiegender für das landwirtschaftliche Gewerbe, als bislang eine Befundung sich hier nicht hat zeitigen können, weil

1. ein unter Umständen wirksamer Zollschutz erst seit 1887 besteht und nicht zur vollen Wirkung gelangen konnte wegen der anfänglichen Ueberfüllung des Getreidemarktes wie auch wegen des niedrigen Standes der Valuta in Oesterreich-Ungarn sowohl als in Rußland;

2. die schlechten Ernten des Jahres 1888, 1889, wie auch für große Theile des Jahres 1890, ebenso die steigenden Produktionskosten und die zum Theil noch weiter stark zunehmende hypothekarische Verschuldung die Reinerträge niederbrachten.

II. Die Schutzmaßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus den Nachbarländern sind sowohl im Interesse der Produktion wie auch namentlich der Konsumtion aufrecht zu erhalten, bis uns von Seiten der östlichen Nachbarländer genügende Garantien für die Abhaltung von Seuchen gegeben werden, welche auch den westlichen Staaten den Vorwand nehmen, uns ihren Markt zu verschließen.

III. Der Deutsche Landwirtschaftsrath wolle beschließen, daß sowohl den gesetzgebenden Faktoren des Deutschen Reiches wie auch dem Herrn Reichskanzler von obiger Erklärung unter Anlage der Verhandlungen Kenntniß gegeben werde.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. Februar.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Staatsrath Eisenlohr zu längerem Vortrag. Darnach meldete sich der Stabsarzt Fischer, Bataillonsarzt des hannoverschen Pionier-Bataillons Nr. 10, bisher Assistenzarzt im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113, und der Premierlieutenant Bachelin, à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 145, Kompagnieführer bei der Unteroffizierschule Neubreisach, bisher an der Unteroffizierschule Ettlingen. Hiernach ertheilte der Großherzog noch einigen Personen Audienz.

Nachmittags 2 Uhr begab sich Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin nach Baden-Baden zum Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin Josephine von Hohenloher, höchstselbst seit zwei Tagen dort eingetroffen ist und zu längerem Aufenthalt verweilen wird. Die Rückkehr Ihrer Königlichen Hoheit nach Karlsruhe erfolgte Abends nach 7 Uhr.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing Nachmittags den Intendanten des Großherzoglichen Hoftheaters, Dr. Bürlin, und nahm dann die Vorträge des Geheimraths Dr. von Stoeffer, Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths, und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen.

* (Konzert.) Wir erhalten die Nachricht, daß in dem am 14. Februar bevorstehenden Konzert des Herrn Kammerfängers Staudig die Gattin des Benannten, Frau Hofopernsängerin Staudig, nicht mitwirken kann, da sie infolge der Proben zu einer Novität am Berliner Hofoperntheater keinen Urlaub erlangte. Herr Staudig wird nun im Vereine mit Herrn Direktor Mottl am 14. Februar einen Wiederabend geben, in welchem er Arien und Lieder von Handel, Franz, Schubert, Böwe und Pirani vorträgt. Das Programm ist sehr mannigfaltig und dürfte geeignet sein, die Vorzüge des hier so wohlbekannten Sängers im günstigsten Lichte zu zeigen.

* (Der belgische Kongoforscher Theodor Westmar) wird seinen gestern angekündigten Vortrag am Mittwoch, den 11. ds. Mts., Abends 8 Uhr, im großen Saale des Museums halten.

* (Neubau der Infanteriekaserne) Die Budgetkommission des Reichstags hat den Neubau einer Infanteriekaserne in hiesiger Stadt genehmigt.

* (Straßenbenennung.) Nach einer Bekanntmachung des Stadtraths wird der nach dem Dreisbachplan südlich der Augartenstraße und nördlich der 6. Allee zwischen Rüppurver- und Ettlinger- und Straße herzustellende Straße zur ehrenden Erinnerung an den Minister Georg Ludwig Winter der Name „Winterstraße“ beigelegt. Die 5. Allee erhält zur ehrenden Erinnerung an den Minister Karl Friedrich Nebenius den Namen „Nebeniusstraße“.

* (Baden, 5. Febr. (Wohlthätigkeit.) Ganz in der Stille ist hier vor einigen Wochen ein Werk der Barmherzigkeit begonnen worden, das bestimmt ist, in der Reihe der hiesigen wohlthätigen Anstalten und Vereine eine immer fähigere werdende Lücke auszufüllen. Auf Anregung der Vorstehenden des, schon seit Jahren bestehenden Kreuzer-Vereins, Frau Pfarrer Ludwig trat eine Anzahl von Damen zusammen als Vorstand des neu zu organisirenden „Kreuzer-Vereins zur Unterstützung armer Wöchnerinnen“ und beschloß, die zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Vorbild der in andern Städten, wie Karlsruhe, Mannheim u. zu demselben Zweck wirkenden Vereine zu verwenden. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin gewährte der

Vorstehenden, wie wir dem „Badeblatt“ entnehmen, eine Privataudiens, in welcher Allerhöchstdieselbe sich über die Thätigkeit, die Ausdehnung und die Mittel des Vereins genau Bericht erstatten ließ, und geruhte lebhaftes Interesse an dem Bestehen des Vereins kund zu thun. Ihre Königliche Hoheit erklärte ihr Einverständnis mit den vom Vorstand entworfenen Statuten und hatte die Gnade, der Vorstehenden die erste Gabe von 30 M. zu übersenden. Es wäre zu wünschen, daß dieser langgestrebte Verein die reichliche Unterstützung aller Kreise findet.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 6. Febr. Der Reichstag setzte auch heute die Berathung über den Etat des Auswärtigen Amtes fort. Windthorst erklärte den Vertrag mit England für willkommen, zumal er der Befestigung der Beziehungen zwischen England und Deutschland diene. Bezüglich Emin Pascha's und Wissmanns hofft der Redner, beide würden sich dem neuen Verwaltungsorganismus in Ostafrika willig einfügen. Der Reichskanzler v. Caprivi erklärte, die Regierung wolle die Grundsätze der Kongoaakte nicht nur für diejenigen Gebiete, in denen sie bereits bestehen, sondern auch dort geltend gemacht wissen, wohin sie bisher ihre Wirksamkeit nicht erstreckten. v. Hellendorff hält den Reichstag für verpflichtet, die Mittel zur Fortführung der Kolonialpolitik zu bewilligen.

v. Cuny kritisirte das Verhalten der Regierung gegenüber Chile. Der Reichskanzler v. Caprivi führte aus, es seien nicht genügend deutsche Schiffe im Ausland stationirt, um überall rechtzeitig die deutschen Interessen zu schützen. Für die Geschädigten bei der Expedition Künzels im Witu-Lande sei das Mögliche gethan. Bezüglich des Falles der „Neera“ treffe die Regierung kein Vorwurf; schon die frühere Regierung habe an den Botschafter Grafen Hafffeldt nach London telegraphirt, Lord Salisbury zu wiederholen, daß die Expedition des Dr. Peters das Reich nichts angehe. Dr. Barth (deutsch-freie) erklärte, seine Partei würde die nötigen Summen für eine Liquidation der Kolonialpolitik bewilligen. Da die Abschaffung des Sklavenhandels mit unseren Mitteln nicht erreichbar sei, lehnen wir diesen Titel ab. v. Reubell (Reichspartei) führte aus, das deutsch-englische Abkommen habe die Vorstellung zerstört, daß zwischen Deutschland und England keine Freundschaft möglich sei, daselbe machte der Erregung ein Ende, welche durch Privatpersonen, insbesondere Stanley verursacht wurde. Dr. Windthorst erklärte: „Wir haben keine Freude an kolonialen Unternehmungen.“ Die Debatte wurde hierauf geschlossen und der Titel bewilligt. Die zweite Berathung betreffs der Schutztruppe findet im Plenum statt. Fortsetzung morgen: Abänderung des Branntweinsteuergesetzes.

Bern, 6. Febr. In Nueti (Kanton Glarus) wurden gestern sechs Männer von einer Lawine verschüttet. Drei von ihnen waren sofort todt, einer wurde schwer verletzt; die beiden anderen sind noch nicht aufgefunden.

Lissabon, 6. Febr. Die Macht der Republikaner gilt für gänzlich gebrochen; ein weiterer revolutionärer Ausbruch scheint nicht zu gewärtigen.

Familiennachrichten.

Todesfälle. 4. Febr. Verthold Kling, Ehemann, Schleifer, 30 J. — 5. Febr. Wilhelm Behrendt, Ehemann, Feuerwerks-hauptmann, 53 J. — Marie Dörr, ledig, 29 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. in mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Relat. Feuchtigk. in %	Wind.	Witterung.
5. Morgs. 9 U.	766.2	+0.8	4.0	82	SW	bedeckt
6. Morgs. 7 U.	766.3	-0.6	3.6	81	NE	
6. Mitts. 2 U.	765.9	+0.8	3.3	68	NE	sehr wolkig

Wasserstand des Rheins. Mainz, 6. Febr., Morgs., 2 7/8 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 6. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich seit gestern nur in so fern geändert, als der hohe Druck sich noch weiter östwärts ausgedehnt hat, so daß er heute ganz Mitteleuropa, sowie das Nord- und Ostseegebiet umfaßt; sein Kern liegt noch vor dem Kanal. Das Wetter war zwar am Morgen bei leichtem Frost noch vorwiegend trüb oder neblig, doch ist im Laufe des Tages bei uns völliges Aufklaren eingetreten; auch für morgen — Samstag — ist nach einer kalten Nacht vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 6. Februar 1891.

Staatspapiere.		Deutsche Bank		159.—	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.70	Dresdener Bank	155.90		
4% Preuß. Konf.	106.15	Bausparien.			
4% Baden in fl.	101.80	Schw. Nordostb.	134.90		
4% in W.	103.95	Rombarden	114 1/2		
Oesterr. Goldrente	97.10	Galizier	187.—		
Silber.	81.60	Elbthal	199 1/2		
4% Ungar. Goldr.	92.20	Ludwigsb.	116.50		
1880r. Russen	98.40	Gotthard	156.40		
II. Orientanleihe	76.50	Wechsel und Sorten.			
Italiener compt.	93.40	Wechsel a. Amst.	169.55		
Egypter	98.30	„ London	20.34		
Spanier	76.10	„ Paris	80.70		
Joll-Türken	92.—	„ Wien	177.90		
5% Serben	89.90	Napoleonsdor	16.15		
Banken.		Privatdiskonto	3.—		
Kreditaktien	272 1/2	Bad. Judenfabrik	86.40		
Diskonto-Kommandit	212.20	Nachbörse.			
Basler Bankver.	162.70	Kreditaktien	271 1/2		
Darmstädter Bank	153.60	Staatsbahn	214 1/2		
Handelsgelesch.	157.—	Rombarden	114 1/2		
Berlin.		Tendenz: fest.			
Def. Kreditakt.	175.10	Wien.			
Staatsbahn	107.40	Kreditaktien	306.70		
Rombarden	58.20	Marknoten	56.17		
Dist.-Kommand.	215.90	Ungarn	104.25		
Marienburg.	64.20	Tendenz: fest.			
Dortmunder	83.50	Paris.			
Kaufhaus	135.40	3% Rente	95.35		
Tendenz: —.		Spanier	76 3/4		
		Türken	19.32		
		Ottomane	622.—		
		Tendenz: —.			

Siebenzigster Rechnungsabschluss der Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha vom Jahre 1890.

A. Einnahme.		M.	S.	M.	S.
1. Prämien-Uebertrag vom Jahre 1889 laut 69. Rechnungsabschluss		5 517 823	—	—	—
Dierzu: für nach Abschluss der Rechnung hinzutretene Versicherungen		244	90	—	—
		5 518 067	90	—	—
Diervon ab: für nach Abschluss der Rechnung rüfornirte Versicherungen		19 852	80	—	—
				5 498 215	10
2. Uebertrag für unerledigt gebliebene Schäden, Kosten u. Verluste laut 69. Rechnungsabschluss				253 540	50
3. Prämien-Einnahme im Jahre 1890				13 247 392	40
4. Ertrag von Kapital-Anlagen im Jahre 1890 abzgl. Kursabschreibung auf Inhaber-Papiere				554 402	90
5. Verjährte Ueberschuss-Antheile aus dem Jahre 1884				19 369	90
				19 572 920	50
B. Ausgabe.					
1. Bezahlte Schäden, Kosten und Verluste, abzüglich des Antheils der Rückversicherung:					
a. aus dem Jahre 1889 und früher, laut Nachweisung I. a.		126 981	90	—	—
b. aus dem Jahre 1890, laut Nachweisung I. b.		1 712 636	10	—	—
2. Rückversicherungs-Prämien		200 660	—	—	—
3. Rabatt auf mehrjährige Versicherungen mit Vorauszahlung der Prämie		74 953	—	—	—
4. Ausgaben und Leistungen zu Feuerlöschzwecken		40 322	20	—	—
5. Bezüge der Agenten, Haupt- u. Generalagenten		1 262 369	30	—	—
6. Kosten der allgemeinen Verwaltung laut Nachweisung II.		395 812	10	—	—
		3 813 634	60	—	—
				10 363 693	60
				9 209 227	20

Es bleibt mithin ein reiner Ueberschuss von 4 219 573 700 M. Darnach können von der an diesem Ueberschusse theilnehmenden Prämien-Summe von 12 790 593 M. 40

72 Procent
an die Versicherten zurückgewährt werden.
Die Gesamtsumme der im Jahre 1890 in Kraft gewesenen Versicherungen beläuft sich auf 4 219 573 700 M. und die Nachschußverpflichtung der Versicherten auf 71 978 014 M. wovon für 1890 60 710 097 M. 1891 21 267 917 M.

Die Nachweisungen I. und II. dieser Rechnung sind bei sämmtlichen Agenturen der Bank zur Einsicht der Theilnehmer niedergelegt. **Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die unerhobenen Antheile des Ueberschusses des Jahres 1885 nach § 9 der Bankstatut verjähren, wenn deren Erhebung nicht im Jahre 1891 erfolgt.**
Gotha, den 5. Januar 1891.

Feuerversicherungsbank für Deutschland.
Dannenberg, Brüning, Doebel, Ritter,
Vorstandskommissar, Generaldirektor, Direktor, Direktor.

Bekanntmachung.

Nach dem vorstehenden Rechnungsabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 1890 beträgt der in demselben erzielte Ueberschuss:

72 Procent
der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Ueberschuss-Antheil in Gemäßheit des § 7 der Bankstatut, ihren Ueberschuss-Antheil in Gemäßheit des § 7 der Bankstatut, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im gedachten § 7 bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichneten Agenturen, bei welchen auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluss zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt.

Mannheim, im Februar 1891.

Die General-Agenten: Rabus & Stoll.

- | | |
|--------------------------------------|--|
| für Aachen Hr. Rathschreiber Kabele; | für Aachen Hr. C. Engler; |
| Adelsheim Hr. Ernst Gerold; | Altenkirchen Hr. Ad. Holzschel; |
| Altenkirchen Hr. L. Schwörer; | Altenkirchen Hr. A. Krieger; |
| Baden Hr. Frz. Wiegler; | Bamberg Hr. A. Kober; |
| Bamberg Hr. Ph. Scheffele; | Bamberg Hr. A. Edert; |
| Bamberg Hr. Ant. Bopp jun.; | Bamberg Hr. Friedr. Kopp; |
| Bamberg Hr. J. F. Krieger; | Bamberg Hr. Jean Hoff; |
| Bamberg Hr. Jos. Schmieder; | Bamberg Hr. C. Granlich; |
| Bamberg Hr. F. Schindler; | Bamberg Hr. C. Kredell; |
| Bamberg Hr. G. Rittig; | Bamberg Hr. Karl Th. Wals; |
| Bamberg Hr. Wm. Conrath; | Bamberg Hr. Anton Kern; |
| Bamberg Hr. S. Götzl; | Bamberg Hr. Albert Prehn; |
| Bamberg Hr. Dito Müller; | Bamberg Hr. B. Knaupp; |
| Bamberg Hr. Joh. Benginger VII.; | Bamberg Hr. J. Kuhn; |
| Bamberg Hr. Emil Demuth; | Bamberg Hr. Alb. Engler; |
| Bamberg Hr. Conr. Greven; | Bamberg Hr. Rathschr. Woll; |
| Bamberg Hr. Marz. Jethlin; | Bamberg Hr. Gg. Fessler; |
| Bamberg Hr. Gem. Rath Grub; | Bamberg Hr. Friedr. Brehm; |
| Bamberg Hr. Eugen Krieger; | Bamberg Hr. Jos. Kadel; |
| Bamberg Hr. Emil Krieger; | Bamberg Hr. Karl Arnold; |
| Bamberg Hr. Karl Eppler; | Bamberg Hr. E. Speiser; |
| Bamberg Hr. Ph. Burkart; | Bamberg Hr. Jakob Witt; |
| Bamberg Hr. Gg. Erdmann II.; | Bamberg Hr. M. Kintert; |
| Bamberg Hr. Aug. Schölin-Länger; | Bamberg Hr. C. Dandler; |
| Karlsruhe Hr. Karl Schwindt; | Bamberg Hr. Emmerich Schnupp; |
| Karlsruhe Hr. Frz. Meyer; | Heidelberg Hr. Jul. Frey; |
| Karlsruhe Hr. Ernst Fichter; | Heidelberg Hr. G. Dehnen; |
| Karlsruhe Hr. Aug. Neumayer; | Heidelberg Hr. Gdb. Rutzart; |
| Karlsruhe Hr. C. Beringer; | Heidelberg Hr. Gg. Weber; |
| Karlsruhe Hr. Rathschr. Brehm; | Heidelberg Hr. Peter Köhler; |
| Karlsruhe Hr. Rathschr. Koff; | Heidelberg Hr. Carl Amthauer; |
| Karlsruhe Hr. Arthur Kender; | Heidelberg Hr. Altbürgermeister Bargaal. |

Stelle-Gesuch.

3.894. Ein Mädchen mit guten Zeugnissen, welches schon in besseren Häusern gedient hat, sucht Stelle zum 15. Februar oder 1. März ins Zimmer oder bei groß. Kindern. Adr.: G. Nickel, Peltzbrenn a. N., Mönchstraße 27.



3.209.12. Karlsruhe. **Feuer-, fall- u. einbruch-sichere Geld-, Papiere- und Dokumenten-Schränke** empfiehlt **Wilh. Weiss**, Karlsruhe Erbprinzenstr. 24

Wasserdichte

Wagendecken, nach vorzüglichster Methode präparirt. 3.891.1. Pferdedecken für Sommer und Winter. Segeltuche in Leinen und Baumwolle, naturell und farbig. Marquisen und Bettstoffe, glatt und gestreift. Beste verschiedenster Construction nach besonderer illustr. Preisliste. Leihdecken zum Vermieten für provisorische Bedachungen aller Art, ferner: Rohes Segeltuch für Marine- und Eisenbahndach, in vielen Sorten von 60 bis 400 Ctm. Breite. Zwick, Rohleinen, Marquiseendruck, Sackstoffe, Technische Gewebe in Leinen und Baumwolle. Säcke jeder Art empfohlen.



L. Stromeyer & Co. in Konstanz.
Mechanische Segeltuch- und Leinwanderei, Imprägniranstalt, Decken-, Zelten- und Sackfabrik.

3.842.2. Karlsruhe.

Baumfahrlieferung.
Die Lieferung von 500 Stück Baumfahrlieferung soll vergeben werden. Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Baumfahrlieferung“ bis zum 16. Februar d. J. bei der unterzeichneten Behörde einzureichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen.
Karlsruhe, den 3. Februar 1891.
Städtisches Tiefbauamt.

Grund- u. Pfandbuch-Führer-Stelle.

3.885.1. Die Stelle des Grund- und Pfandbuchführers dieses Stadt mit einem Gehalt bis zu 5000 Mark und mit Pensionberechtigung im Sinne § 19 f. Städteordnung ist auf 1. eent. 15. März d. J. zu besetzen. Bewerber aus den zum Richteramt oder zum Notariatsdienste befähigten Personen wollen ihre Gesuche unter Anfügung der Zeugnisse längstens bis zum 15. d. Mts. anher einreichen.
Pforzheim, 3. Februar 1891.
Der Stadtrat.
Habermehl.

3.888. Bauschlott. Die hiesige Gemeinde beabsichtigt, ihre

2 Gemeinde-Badöfen umbauen zu lassen. Pläne liegen zur Einsicht im Rathaus hier auf. Uebernehmer dieser Arbeit haben ihre Eingaben längstens bis 17. d. Mts. einzureichen. Die Vergabe der Arbeit findet Donnerstag den 19. d. M., Mittags 1 Uhr, statt.
Bauschlott, den 4. Februar 1891.
Bürgermeister Arn. Rathschr. Ehrmann.

Bureauhilfe-Gesuch.

3.896. Ein junger Mann mit schöner Handschrift, guten Schulleistungen und gutem Kenne findet auf einem Bureau Stellung. Offerten mit Schriftprobe, kurzem Lebensabriß und Gehaltsanspruch sind an die Expedition dieses Blattes unter A B 11 zu richten.

Bürgerliche Rechtspflege.

Konkursverfahren.
3.876. Nr. 3076. Mannheim. Durch Beschluß Großh. Amtsgerichts III hier selbst vom 28. d. M. wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Kuhn hier nach rechtskräftiger Befristung des Zwangsvergleichs aufgehoben.
Mannheim, den 30. Januar 1891.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts: Galin.

3.878. Nr. 979. Trier. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreiners Andreas Burgbacher alt in Güttenbach ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussrechnung am Freitag den 27. Februar 1891, Vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst bestimmt.
Trier, den 4. Februar 1891.
J. Becherer,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.877. Nr. 1488. Weisloch. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Jakob Kaiser von Weisloch wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. Beschl. des Gr. Amtsgerichts. Der Gerichtsschreiber: Weiler.

Vermögensabsonderungen.
3.861. Nr. 1360. Freiburg. Die Ehefrau des Metzgers Konrad Fuchs, Emilie, geborne Vogel in Sezan, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei der III. Civilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg erhoben und ist der Termin zur Verhandlung dieser Klage auf: Freitag den 13. März d. J., Vormittags 9 Uhr, bestimmt.
Freiburg, den 2. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Werlein.

3.863. Nr. 1374. Freiburg. Die Ehefrau des Malers Kaver Hoog, Albertine, geborene Hiltbrand, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei der III. Civilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg erhoben und ist der Termin zur Verhandlung dieser Klage auf: Freitag den 13. März d. J., Vormittags 9 Uhr, bestimmt.
Freiburg, den 2. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Werlein.

3.862. Nr. 827. Freiburg. Durch Urteil der I. Civilkammer des Großh. Landgerichts Freiburg vom heutigen Tage wurde die Ehefrau des Zimmermeisters Georg Blümmel, Emilie, geb. Heide in Freiburg, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes absondern zu lassen.
Freiburg, den 13. Januar 1891.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Dr. Gaden.

3.854. Nr. 1326. Weisloch. In dem Konkursverfahren gegen Pantaleon Friedrich, Landwirth von Rothweil, hat das Großh. Amtsgericht Weisloch mit Urteil vom heutigen Tage aus dem Vermögen des genannten Ehemannes absondern zu lassen.
Weisloch, den 30. Januar 1891.
Großh. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: Weiler.

Erbeinweisungen.
3.882. Nr. 1085. Emmendingen. Jakob Boffert, Schreiner Witwe, Kaufm. geb. Voser von Eichen, hat nach Verzicht der Erben auf die Erbschaft gebeten, sie in die Gewahrsam des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes anzunehmen.
Diesem Gesuche wird entsprochen werden, wenn nicht innerhalb sechs Wochen Einsprache hiergegen erhoben wird.
Großh. bad. Amtsgericht. gez. Frey.

Dies veröffentlicht.
Emmendingen, 17. Januar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Jäger.

3.755.3. Nr. 848. Wiesloch. Gr. Generalstaatskasse in Karlsruhe hat um Einweisung in Besitz und Gewahrsam des Nachlasses der unterm 26. September 1890 zu Waldorf ohne Erben verstorbenen Frieda Katharina Winnes von Waldorf gebeten.
Diesem Ansuchen wird stattgegeben, wenn nicht binnen Monatsfrist begründete Einsprache hiergegen bei diesem Gerichte erhoben wird.
Wiesloch, den 23. Januar 1891.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts: Kumpf.

Strafrechtspflege.

Labungen.
3.807.3. Nr. 4673. Heidelberg. Der am 6. Dezember 1864 zu Paris geborne Kellner Heinrich Feldmann, zuletzt hier wohnhaft, wird beschuldigt, als Erbschaftsbesitzer ohne Erlaubnis aus dem Nachlass des Erblassers zu sein.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs, in Verbindung mit § 11 des Ges. vom 11. Febr. 1888. Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Montag den 16. März 1891, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der St.P.O. von dem Königl. Bezirkskommando zu Heidelberg ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
Heidelberg, den 2. Februar 1891.
F. Fabian,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Die Lagerbücher der Gemerkungen Klustern mit Fritzwiler und Eibach, sowie von der Gemerkung Naderach im Amtsbezirk Ueberlingen sind im Concept aufgestellt und werden mit Ermächtigung Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues gemäß Art. 12 der Allerhöchstherrlichen Verordnung vom 11. September 1883 von heute an auf die Dauer von vier Wochen zur Einsicht der betheiligten Grundeigentümer in dem Rathszimmer an Klustern und in der Wohnung des Gemeindevorstandes Klustern öffentlich aufgelegt.
Etwasige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit sind innerhalb der begebenen Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzubringen.
Ueberlingen, den 3. Februar 1891.
Der Bezirksgeometer: Gärtner.

3.890. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Nachdem die Gotthardbahn in Folge Schweizerischen Bundesgesetzes vom 1. Januar 1891 an den Frachtkosten an Sonn- und Festtagen eingestrichelt hat, werden die Lieferfristen für gewöhnliche Frachtgüter, welche an Sonn- und Festtagen auf dem Wege genannter Bahn sich befinden, um einen Tag verlängert. Als Festtage im Sinne des Vorstehenden gelten: Neujahrstag, Charfreitag, Himmelfahrtstag und Christtag.
Karlsruhe, den 4. Februar 1891.
Generaldirection.

3.868.1. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Wir haben 360 Stophäfen, 150 Doppelwägel, 60 Wägel, 60 Sackkarren, 60 eiserne Verladebrücken, 60 Weile.
Angebote sind schriftlich, portofrei mit Aufschrift „Geräte“ längstens bis Montag den 16. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Bedingungen und Zeichnungen werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben und können die Muster bei unserem Geschäftsmagazin eingesehen werden.
Karlsruhe, den 2. Februar 1891.
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

3.889. Nr. 943. Mosbach.

Vergebung von Wasserleitungsarbeiten.
Im Namen der Gemeinde Weizberg begeben wir im Angebotsverfahren die Lieferung und Montage der Metallarbeiten zu einer neuen Wasserleitung, im Auftrage von rund 6000 Mark, sowie die Verstellung von etwa 30 Privatleitungen. — Die für die Angebote zu benütigenden Bedarfslisten sind gegen Einzahlung von 1 Mark 50 Pfg. von uns zu beziehen.
Die Angebote selbst sind längstens bis Samstag den 21. ds. Mts., Nachmittags 2 Uhr, portofrei und mit entsprechender Aufschrift bei uns einzureichen.
Mosbach, den 2. Februar 1891.
Großh. Kulturinspektion Mosbach.

Mutholzversteigerung.

3.839.1. Nr. 192. Die Großh. Versteigerungs-Graben verleiht am Samstag den 14. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr, beginnend, im Rathhaussaal in Graben aus dem Distrikt Kommerfort: 129 Eichen, 6 Eichen, 2 Weisulmen, 1 Rothbuche u. 90 Forlen, sowie 57 Ster eichenes Mutholz; aus dem Distrikt Büchener Haardt: 8 Buchen, 28 Eichen, 6 Eichen, 18 Erlen, 2 Weisulmen, sowie 6 Ster eichenes Mutholz und 11 Ster erlene Rollen; aus dem Distrikt Apothekersgrund: 1 Eiche, sowie 19 Stück verschiedene Weichhölzer.
Die Waldhüter Henela in Neuthard und Kistner in Neudorf bei Graben zeigen das Holz im Kommerfort, Waldhüter Feld in Neuthard jenseits in der Büchener Haardt und Waldhüter Seith in Büchener Haardt jenseits im Apothekersgrund vor, auch fertigen die Genannten auf Verlangen Auszüge aus den Aufnahmelisten.

Holzversteigerung.

3.814.2. Nr. 156. Von Großh. Bezirksforstrei Freiburg werden mit unversämlicher Zahlungsfrist versteigert am Donnerstag den 12. Februar, Vormittags 9 Uhr, beginnend, im Galtshaus zu den „Zwei Tauben“ in Buchenbach aus dem Distrikt Mühlthalwald: 272 Ster weisstann. Papierholzfellen; 224 Ster Buchenscheitholz; 203 Ster Tannenscheitholz in 2 Klassen, 6 Ster Eichenscheitholz I. Kl., 86 Ster Buch. Prünzel I. Kl., 647 Ster gemischte Prünzel und 13 Loose Reifig und Abfallholz. Waldhüter Tritschler in Buchenbach zeigt das Holz auf Verlangen vor.

3.881. Nr. 726. Trier. Ein tüchtiger Incipient wird auf 15. Februar d. J. gesucht. Gehalt 600 M. und ca. 130 M. Abschreibungsgebühren.
Trier, den 25. Januar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht. J. J. J.

Notariatsgehilfen.

einen tüchtigen, solchen, auf 1. März eventuell zum sofortigen Eintritt sucht Notar Lehmann in Pforzheim. 3.838.2
(Mit einer Beilage.)